

Juni 2010

Unigesetz, Artikel 31, SUB Vereinigung der Studierenden

Herr Ratspräsident
Herr Erziehungsdirektor
Werte Ratskolleginnen und -kollegen

Die SP/JUSO/PSA Fraktion lehnt den Antrag der SVP auch in der zweiten Lesung entschieden ab.
Die politische Zwängerei der SVP gefährdet vieles.

Die Schweiz ist eine Wissensgesellschaft. Bildung bedeutet, dass unser Nachwuchs gefördert wird, unabhängig von Geschlecht, finanzieller Situation und Herkunft. Gute Bildung bezieht Schüler und Studierende im Bildungsprozess ein und gewährleistet ihre Mitbestimmung. Auch die Universität Bern als Mikrogemeinschaft braucht ein demokratisches System, das alle (Dozenten, Assistentinnen und Studierende) integriert.

Um die Mitbestimmung der Studierenden im universitären Prozess zu gewährleisten, braucht es die SUB als offizielle und legitime Vertretung der Studierenden.

Entsprechend der Bologna-Deklaration werden Studierende als vollwertige Partner anerkannt und mit einbezogen, wenn es darum geht, Entscheide an der Uni zu fällen.

Die SUB ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Sie ist also mitgliedschaftlich verfasst. Bei einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, ist die obligatorische Mitgliedschaft die Regel. Der Antrag der SVP würde den Grundsatz der obligatorischen Mitgliedschaft umdrehen. Das können wir als Gesetzgeber nicht verantworten.

Mitglieder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft haben aber den Anspruch, dass sich die Körperschaft an die zugewiesenen Aufgaben hält. Mit Artikel 32 wird in diesem Sinne Klarheit geschaffen und die Aktivitäten der SUB auf werden auf bildungspolitische Themen beschränkt. Die SUB hat sich seit der letzten Lesung mehrmals dazu geäußert und sich zu den bildungspolitischen Themen bekannt. Sie wird deshalb auch im Sinne des Grossen Rates handeln und diese Rolle stärker einnehmen.

Die Abkehr von einer integrativen Studierendenschaft für alle hat die Gefahr einer Aufspaltung in mehrere Gruppierungen, was eine wirkungsvolle Vertretung der Studierenden verunmöglicht. Eine solche Aufspaltung würde zudem die Studierenden entsolidarisieren, da Partikularinteressen vertreten und somit nicht im Sinne der gesamten Uni zusammengearbeitet würde.

Das alles gefährdet die politische Zwängerei der SVP: Nicht nur die offizielle und legitime Ansprechpartnerin der Erziehungsdirektion und der Universitätsleitung, sondern auch das viel geschätzte Dienstleistungsangebot der Uni wie Stellenvermittlung, Wohnungsvermittlung, Rechtshilfedienst und damit verbunden mehr als 30 Jobs für Studierende sowie sechs Festanstellungen.

Die Politik hat ein Interesse daran, dass die SUB möglichst repräsentativ ihre Aufgaben gegenüber Universität und der Erziehungsdirektion wahrnehmen kann. Es braucht die SUB als legitimes Sprachrohr für die Anliegen der Studierenden.

Deshalb lehnt die SP/JUSO/PSA-Fraktion den Antrag SVP einstimmig ab.